Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9084**

17. Wahlperiode 23. 03. 2012

Fragen

für die Fragestunde der 171. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 28. März 2012

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

1. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen hat aus Sicht der Bundesregierung die von einer aktuellen Studie des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG) festgestellte Preissteigerung landwirtschaftlicher Grundstücke in Ostdeutschland von 85 Prozent innerhalb von nur fünf Jahren, und welche Maßnahmen ergeben sich daraus hinsichtlich der Bodenpolitik?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

2. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Mit welchen Systemen, die nach Aussage des Fregattenkapitäns Sascha Albrecht für die Forschungsgruppe Amerika der Stiftung Wissenschaft und Politik bereits bei verdeckten Überwachungsoperationen der NATO im Mittelmeer zum Einsatz kamen, sind deutsche U-Boote ausgerüstet, die es ermöglichen, „potenzielle Piratenbasen bei Tag und Nacht und mit großer Ausdauer zu überwachen und Aufklärungsergebnisse schnell zu übermitteln“ (bitte mit Angaben über die spezifischen Leistungsmerkmale wie Auflösung und Übertragungsgeschwindigkeit) sowie „verdeckt Piratenschiffe [zu] beobachten“, und im Rahmen welcher Einsätze wurden diese U-Boote bislang zur verdeckten Aufklärung welcher Ziele im Mittelmeer eingesetzt (www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/pirateriebekaempfung-an-land-maritime-optionen-deutschlands.html)?

3. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Welche überprüfbaren Hinweise auf die tatsächliche Existenz eines iranischen Atomwaffenprogramms wurden bei dem Treffen zwischen dem deutschen Bundesminister der Verteidigung, Dr. Thomas de Maizière, und seinem israelischen Amtskollegen, Verteidigungsminister Ehud Barak, während seines Besuches am 20. März 2012 in Berlin erörtert, die Israel „notfalls mit einem gezielten Militärschlag stoppen“ will (www.tagesschau.de/inland/barakdemaiziere100.html), und wie gedenkt sich die Bundesregierung angesichts der möglicherweise fehlenden gesicherten Erkenntnisse bzw. Belege über die Existenz eines solchen iranischen Atomwaffenprogramms im Falle eines möglichen israelischen Militärangriffs auf den Iran zu verhalten?

4. Abgeordnete
Katja
Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche genauen Kosten (Dienstbezüge, Zuschläge etc.) sind Deutschland bei der Unterstützung der Firma EMT Ingenieurgesellschaft Dipl.-Ing. Hartmut Euer mbH bei der Ausbildung auf das System LUNA in Saudi-Arabien durch die Aussendung von drei Bundeswehrsoldaten entstanden?

5. Abgeordneter
Omid
Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viele Mitglieder der afghanischen Sicherheitskräfte sind in den letzten zwölf Monaten nach Informationen der Bundesregierung desertiert, und bei wie vielen der afghanischen Nationalarmee handelte es sich um Offiziere?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

6. Abgeordnete
Daniela
Kolbe
(Leipzig)
(SPD)

Welche erfolgreichen Modellprojekte in der präventiv-pädagogischen Arbeit mit rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen sind der Bundesregierung bekannt?

7. Abgeordnete
Daniela
Kolbe
(Leipzig)
(SPD)

Sind der Bundesregierung erfolgreiche präventiv-pädagogische Projekte bekannt, die mit ganzen Gruppen von rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen arbeiten, und wenn ja, welche?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

8. Abgeordnete
Kathrin
Vogler
(DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Bürgerinnen und Bürger ein berechtigtes Interesse an der Aufklärung der in den letzten Monaten erhobenen Vorwürfe gegen Organe der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) haben können und darüber informiert werden sollten?

9. Abgeordnete **Kathrin Vogler** (DIE LINKE.)

Auf welchem Wege kann die Öffentlichkeit Einblick in die Ergebnisse der Sonderuntersuchung zu den gegen die Organe der DSO erhobenen Vorwürfen nehmen, wenn der Bundesregierung zwar seit Februar 2012 ein Vorentwurf des schriftlichen Berichts zu dieser forensischen Sonderuntersuchung der BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, vorliegt, dieser aber zur ausschließlichen Verwendung innerhalb des Bundesministeriums für Gesundheit bestimmt sein soll?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

10. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann und wohin hat der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, in dieser Legislaturperiode dienstliche Auslandsreisen unternommen (bitte einzeln auflisten)?

11. Abgeordneter **Stephan Kühn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hat sich der Güterverkehr auf der Ober- und Mittelelbe und der Saale jeweils in den Jahren 2010 und 2011 entwickelt (Angabe in Mio. Tonnen pro Jahr erbeten), und wie hoch war entsprechend der Anteil des Güterverkehrs auf der Elbe (Ober- und Mittelelbe) und der Saale im Vergleich zum Gesamtgüteraufkommen aller Bundeswasserstraßen?

12. Abgeordneter **Stephan Kühn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An wie vielen Tagen im Jahr wurde 2010 und 2011 die Fahrrinnentiefe von 1,50 bzw. 1,60 m auf den Elbestrecken E1 bis E9 jeweils unterschritten?

13. Abgeordneter **Gustav Herzog** (SPD)

Wann und wo wird die Bundesregierung die von ihr in ihrer Antwort auf meine Schriftliche Frage 66 auf Bundestagsdrucksache 17/5815 noch für das Jahr 2011 angekündigte „Flussgebietskonferenz Elbe“ durchführen, um die zwischen dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vereinbarten „Eckpunkte für ein Gesamtkonzept Elbe“ vorzustellen und die „breite Einbindung aller Interessengruppen“ sicherzustellen?

14. Abgeordneter **Gustav Herzog** (SPD)

Wie definiert die Bundesregierung die unterschiedlichen Standards für die Begrifflichkeiten „Ausbau“ und „Optimierung“, wie sie in den bisherigen Überlegungen zur Kategorisierung der Bundeswasserstraßen und dem daraus folgenden Umfang an Unterhaltungs-, Aus- und Neubaumaßnahmen von der Bundesregierung verwendet werden, und welche rechtlichen Konsequenzen erwachsen daraus jeweils?

15. Abgeordneter **Sören Bartol** (SPD)

Was sind die wesentlichen Fragen, die im Rahmen des im Herbst 2011 angekündigten Forschungsvorhabens zur Vorbereitung einer Konkretisierung der Winterreifenpflicht bearbeitet werden sollen, und welche Institution wurde mit der Studie beauftragt?

16. Abgeordneter **Sören Bartol** (SPD)

Wie sieht der weitere Zeitplan zur Konkretisierung der Winterreifenpflicht aus, und wird die Bundesregierung im Herbst 2012 eine Novellierung der entsprechenden rechtlichen Regelungen vorlegen?

17. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Inwieweit hält die Bundesregierung angesichts des Anteils von nur 1,6 Prozent barrierefreien bzw. „barrierearmen“ Wohnungen am Gesamtbestand von 40,5 Millionen Wohnungen (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 35, Plenarprotokoll 17/167, S. 19848 A) ihre eigenen Aktivitäten zur Schaffung von barrierefreien Wohnungen im Neubau und zum Abbau von Barrieren im Wohnungsbestand für ausreichend, und was wird sie tun, um sich – auch mit Blick auf Artikel 31 der „Statistik und Datensammlung“ der UN-Behindertenrechtskonvention – einen besseren Überblick über Fragen der Barrierefreiheit bei Wohnungen in Deutschland zu verschaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

18. Abgeordneter **Manfred Nink** (SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass in Europa jeder Staat dafür verantwortlich ist, die Sicherheit seiner Atomkraftwerke (AKW) zu gewährleisten, gleichzeitig jeder Staat aber auch die Aufgabe hat, seine Bevölkerung vor Gefahren zu schützen und Risiken für die Sicherheit seiner Bürgerinnen

und Bürger abzuwenden, und wer ist dann im konkreten Fall des störanfälligen französischen Atomkraftwerks Cattenom für die Bewertung der Risiken und die Abwehr der Gefahren für die deutsche Bevölkerung – nicht für die Gewährleistung der Sicherheit des französischen AKW – zuständig, wenn das nach der eingangs benannten Aufgabenzuschreibung eigentlich nur die Aufgabe des deutschen Staates sein kann?

19. Abgeordneter **Manfred Nink** (SPD)

Wie ernst nimmt die Bundesregierung die Sorgen der Menschen in der grenznahen Region, die ihre Sicherheit durch das AKW Cattenom bedroht sehen, und wieso legt die Bundesregierung im Bereich der Energiepolitik – u. a. bei der Frage nach der Abschaltung von störanfälligen AKW wie dem AKW Cattenom, wo im Katastrophenfall die Sicherheit der deutschen Bevölkerung bedroht ist – nicht den gleichen Verhandlungsdruck in Europa an den Tag wie zum Beispiel im Bereich der Haushaltspolitik, wo sie bei den europäischen Partnern viel Überzeugungsarbeit für die Schuldenbremse nach deutschem Vorbild leistet?

20. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche aktuellen bzw. aus den letzten Jahren stammenden, gemessenen Strahlenhöchstwerte/Ortsdosisleistungen bei Kavernenlagern/Lagern für mittelradioaktive Abfälle von AKW-Standorten (in Betrieb und in Stilllegung) sind dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) durch schriftliche oder mündliche Auskünfte seitens Ländern und/oder Betreibern bekannt (bitte je Lager möglichst mit Auskunfts- und Messdatum)?

21. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit wann genau (bitte Datum) im Herbst 2011 liegen dem BMU die in den Berichterstattungen von „die tageszeitung“ und „DER SPIEGEL“ vom 19. März 2012 genannten Szenarienberechnungen zu Radioaktivitätsfreisetzungen bei lange andauernden Atomunfällen in den AKW Unterweser und Philippsburg vor, und welche Stellungnahmen/Vermerke zu diesen Szenarienberechnungen gibt es im BMU (bitte mit Angabe der wesentlichen Inhalte, des Verfassers und des Datums)?

22. Abgeordnete **Dorothea Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann ist mit der Vorlage des Gesetzentwurfs zur Änderung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes zu rechnen, mit dem die Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs in seinem Urteil vom 12. Mai 2011 in deutsches Recht umgesetzt werden, an dem die Bundesregierung laut eigener Aussage schon seit Sommer 2011 (Antwort auf die Schriftliche Frage 111 auf Bundestagsdrucksache 17/6658) arbeitet und der laut Aussagen der Abgeordneten Dr. Thomas Gebhardt (CDU/CSU) und Judith Skudelny (FDP) schon im Dezember 2011 in der Ressortabstimmung war (vgl. Plenarprotokoll 17/149), und was sind die Gründe für die lange Dauer der Ressortabstimmung?

23. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Termine wird der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen, bis zum 13. Mai 2012 in seiner Funktion als Bundesumweltminister nach heutigem Kenntnisstand wahrnehmen (bitte einzeln auflisten)?

24. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beabsichtigt die Bundesregierung sicherzustellen, dass die Fracking-Technologie in Regionen, in denen Trinkwasser aus Grundwasser gewonnen wird, nicht zum Einsatz kommt, wie von Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen bereits vor fast acht Monaten angekündigt (dpa-Meldung vom 30. Juli 2011), gerade auch angesichts der Tatsache, dass das Umweltbundesamt in seiner Stellungnahme zur Fracking-Technologie vom Dezember 2011 dringend empfohlen hat, die konkreten Maßstäbe des § 48 des Wasserhaushaltsgesetzes („Besorgnisgrundsatz“) in dieser Hinsicht zu konkretisieren, und wie beabsichtigt die Bundesregierung, die Unteren Wasserbehörden in die Lage zu versetzen, eine Risikoabwägung gemäß § 48 des Wasserhaushaltsgesetzes im Hinblick auf die Risiken der Fracking-Technologie vorzunehmen?

25. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung im Rahmen künftiger EEG-Novellen (EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz), um die verzerrende Wirkung des EEG-Vergütungssystems am Pacht- und Bodenmarkt in Deutschland zu mindern?

26. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Bundesmittel sind von 2009 bis 2012 (bitte um jährliche Darstellung) jährlich für das Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien vorgesehen (bitte um Angabe in Soll-Zahlen), und beabsichtigt die Bundesregierung, zeitnah ein Förderprogramm für kleine Stromspeicher in Kombination mit Photovoltaikanlagen aufzulegen?

27. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung angesichts der Entwicklung der Mittel des Energie- und Klimafonds verbindlich zusagen, dass die zugesagten Mittel der „Innovationsallianz Photovoltaik“ weiterhin vollumfändlich zur Verfügung stehen, ohne dass an anderen Stellen bei der Photovoltaikforschung gekürzt wird, und beabsichtigt die Bundesregierung, die „Innovationsallianz Photovoltaik“ angesichts der neuen Herausforderungen zeitlich zu verlängern, was auch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel in der Zeitskala bedeuten würde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

28. Abgeordnete **Marianne Schieder (Schwandorf)** (SPD)

Wie viele Bewerbungen für den „Ideenwettbewerb zum Auf- und Ausbau innovativer FuE-Netzwerke (FuE = Forschung und Entwicklung) mit Partnern in Ostseeanrainerstaaten“ wurden bis zum Ende der Antragsfrist (12. Juli 2011) eingereicht, und warum wurde die Antragsfrist um einen Monat verlängert?

29. Abgeordnete **Marianne Schieder (Schwandorf)** (SPD)

Welche Anträge waren erfolgreich und werden nunmehr in einer ersten Förderphase gefördert, und wie wurden diese Anträge ausgewählt?

30. Abgeordneter **Michael Gerdes** (SPD)

Wird die Bundesregierung nach dem Wechsel der Zuständigkeit für das ITER-Projekt (ITER = International Thermonuclear Experimental Reactor) zum EU-Kommissar für Energie, Günther Oettinger, versuchen sicherzustellen, dass das ITER-Projekt nicht zu Lasten der Energieforschungsförderung in Höhe von 6,5 Mrd. Euro finanziert wird, und falls ja, mit welchem Alternativkonzept?

31. Abgeordneter
Michael Gerdes
(SPD)

Vertritt die Bundesregierung weiterhin die Auffassung, dass das ITER-Projekt über einen eigenständigen Haushaltstitel innerhalb des EU-Haushaltes, jedoch außerhalb des EU-Forschungsrahmenprogramms finanziert werden sollte, und wie ist der Stand der diesbezüglichen Verhandlungen?

32. Abgeordneter
Willi Brase
(SPD)

Wie hoch sind die durch die Erstellung und die Versendung der wahlkreisbezogenen Informationen zu Förderprojekten („Projekt-Steckbriefe“) tatsächlich entstandenen Kosten (Porto, Arbeitszeit u. Ä.)?

33. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)

Inwieweit hält die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem jüngsten Eckwertebeschluss zum Haushalt 2013 und dem Finanzplan bis 2016, der in den Jahren 2014 und 2015 sinkende bzw. stagnierende Haushaltsansätze für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) vorsieht, an dem Beschluss des sogenannten Dresdener Bildungsgipfels fest, wonach bis 2015 die Ausgaben für Bildung und Forschung auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht werden sollen, und wie will die Bundesregierung ggf. ihren Anteil daran im Hinblick auf die jetzt beschlossenen Eckwerte für die Haushalte des BMBF – unter Angabe des Status quo bei den Aufwendungen des Bundes für das 10-Prozentziel, der jeweils mit den im Finanzplan erreichbaren Gesamtaufwendungen für Bildung und Forschung des Bundes in 2014 und 2015 sowie der wesentlichen in dieser Wahlperiode noch vorgesehenen, neuen Bildungs- und Forschungsmaßnahmen (jeweils mit Finanzvolumen) – erbringen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

34. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Kann die Bundesregierung darstellen und begründen, inwiefern Aufwand und Kosten für den Umbau der Liegenschaft des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Bonn im Zusammenhang mit der Neuaufstellung der Leitungsstrukturen angemessen sind?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

35. Abgeordneter **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund aktueller Presseberichte, dass es Zweifel an der Staatsferne einzelner Anbieter von Bundesliga-Übertragungen gebe (siehe u. a. Süddeutsche Zeitung vom 19. März 2012, S. 15), die Staatsferne rund um die jetzige Ausstrahlung der Fußball-Bundesliga wie auch bei der Neuausschreibung gewährleistet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

36. Abgeordneter **Frank Schwabe** (SPD)

Weshalb sieht die Bundesregierung für das Jahr 2013 keinen Handlungsbedarf für Zuschüsse an stromintensive Unternehmen zum Ausgleich von emissionshandelsbedingten Strompreiserhöhungen?

37. Abgeordneter **Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sieht die Bundesregierung angesichts einer von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebenen und kürzlich vom Gremium europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation vorgelegten Studie, die zu dem Schluss kommt, dass zahlreiche Telekommunikationsfirmen gegen das Prinzip des offenen Internets beziehungsweise die Netzneutralität verstoßen und auf deren Basis in Kürze neben der Kommission gegebenenfalls auch der EU-Rat Leitlinien zur Netzneutralität vorschlagen will und trotz der im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP festgehaltenen Absicht, dass entsprechende Entwicklungen „sorgfältig beobachten und nötigenfalls mit dem Ziel der Wahrung der Netzneutralität gegensteuern“ will, noch immer keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

38. Abgeordneter **Hans-Joachim Hacker** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung für deutsche Langzeiturlauber in der Türkei eine Vereinbarung mit der Türkei darüber abzuschließen, dass sich diese nach einem visumfreien Aufenthalt bis zu 90 Tagen nach einer kurzzeitigen Unterbrechung zu einem weiteren Aufenthalt bis zu 90 Tagen ohne Sichtvermerk im Pass aufhalten können, ohne dass zwischen beiden Aufenthalten eine Frist von 180 Tagen vergangen sein muss?

39. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

Ist die Bundesregierung bereit, mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der diesjährigen Ostermärsche der Kriegsgegner in einen Dialog über die deutschen Positionen beim kommenden NATO-Gipfel in Chicago einzutreten?

40. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Erklärung des Leiters des Zentrums für strategische Studien in Den Haag, Rob de Wijk: „Der Krieg ist für das westliche Bündnis verloren. Jetzt geht es nur noch darum, einen Grund dafür zu finden, um sich selbst zum Sieger erklären zu können“ (www.n-tv.de/politik/Nato-Berater-Krieg-ist-verloren-article5774981.html)?

41. Abgeordnete **Inge Höger** (DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung hinsichtlich nächtlicher Razzien von Spezialeinheiten im deutschen Verantwortungsbereich im Norden Afghanistans aus dem Amoklauf eines angeblichen Einzeltäters in der Provinz Kandahar, und wird die Bundesregierung, sollten sich die Verdachtsmomente erhärten, dass es sich bei dem Vorfall nicht um die Tat eines Einzelnen und damit einen Ausnahmefall, sondern um ein systematisches Vorgehen („night raids“) handelt, gegenüber den verbündeten Streitkräften fordern, solche Kampagnen zukünftig im deutschen Verantwortungsbereich nicht mehr durchzuführen?

42. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Schlussfolgerung des Berichts der Afghan Independent Human Rights Commission und der Open Society Foundation „Torture, Transfers, and Denial of Due Process: The Treatment of Conflict-Related Detainees in Afghanistan“ vom 17. März 2012, in dem anhand

von Zeugenaussagen dargelegt wird, dass unter anderen in einer Haftanstalt im Regional Command North (Detention Facility des afghanischen Geheimdienstes in Badakhshan) regelmäßig gefoltert würde, um Aussagen zu erzwingen, und inwieweit haben ISAF-Truppen (insbesondere Combined Detention Facility Assessment and Certification Teams und das Combined Detention Oversight Team) Zugang zu Haftanstalten des afghanischen Geheimdienstes?

43. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Wirksamkeit der Maßnahmen, mit denen die afghanische Regierung die systematische Folter in afghanischen Haftanstalten bekämpft?

44. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern wird vom geplanten Rückzug deutscher Einsatzkräfte aus der Operation Althea auch die deutsche Beteiligung am Reservebataillon betroffen sein, das für etwaige Konfliktsituationen sowohl in Bosnien-Herzegowina als auch in der Republik Kosovo bereit gehalten wird, und wie begründet die Bundesregierung ihren Rückzug vor allem vor dem Hintergrund des derzeitigen Beratungsstandes über die Zukunft der Operation Althea in der Europäischen Union?

45. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Welche weiteren Angaben kann die Bundesregierung zum Ursprung bzw. Hintergrund des Vorschlags machen, die staatliche syrische Telefongesellschaft Telekommunikationsgesellschaft Syrian Telecommunications Establishment (STE) in die Liste der mit Sanktionen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten belegten Unternehmen aufzunehmen, und wie wurde der Vorschlag schließlich in den zuständigen Gremien (z. B. Ratsarbeitsgruppe „Maschrik/Maghreb“, „Gruppe der Referenten für Außenbeziehungen“ – RELEX –, Rat für Außenbeziehungen) diskutiert oder entschieden?

46. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (DIE LINKE.)

Wie viele bilaterale und multilaterale Vereinbarungen über die Zusammenarbeit mit anderen Staaten und internationalen Organisationen wurden seit dem 26. März 2012 durch die Bundesregierung abgeschlossen, und welche dieser Vereinbarungen beinhalten Projekte zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention?

47. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, dass die aserbaidschanischen Rocksänger Jamal Ali und Natig Kamilov in Baku am 17. März 2012 festgenommen und anschließend in Polizeigewahrsam mehrfach gefoltert wurden, und was unternimmt die Bundesregierung, um diesen Sängern Unterstützung zukommen zu lassen?

48. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um einen möglichen Militärschlag Israels gegen den Iran zu verhindern, und kann die Bundesregierung jegliche offensive und defensive militärische Beteiligung im Falle eines solchen israelischen Angriffes ausschließen?

49. Abgeordneter
Oliver Kaczmarek
(SPD)

Wie ist der aktuelle Sachstand im Auswärtigen Amt bezüglich der Nutzung von freier und proprietärer Software im Hinblick auf Überlegungen des letzten Jahres eine Umstellung zu Gunsten proprietärer Software vorzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

50. Abgeordneter
Oliver Kaczmarek
(SPD)

Erwägt die Bundesregierung im Bundesamt für Sicherheit und Informationstechnik (BSI), trotz der vom BSI immer wieder betonten Vorteile freier Software, den Umstieg von der Nutzung freier auf proprietäre Software an Desktoprechnern und Servern?

51. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Ressorts der Bundesregierung haben ihren jährlichen Sollansatz für Dienstreisen innerhalb dieser Legislaturperiode in welchem Haushaltsjahr überschritten?

52. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche möglichen, auch rechtlichen Folgen ergeben sich für die Bundesregierung aus der Tatsache, dass nicht das Bundesministerium der Justiz, sondern – offenkundig ohne Abstimmung – das Bundesministerium des Innern mit Schreiben vom 28. Februar 2012 auf eine Anfrage der Europäischen Kommission zur Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung antwortete, und darin trotz der bereits im Raum ste-

henden Androhung eines Klageverfahrens und entgegen des bisherigen Vortrages („bereits erfolgte Teilumsetzung“) des federführenden Bundesministeriums der Justiz gegenüber der für die Betreibung der Klage verantwortlichen Kommissarin nun vorträgt, das Fehlen von Verkehrsdaten aufgrund der „Nichtumsetzung“ führe zu erheblichen Einschränkungen bei der Verfolgung oder Verhütung von Straftaten?

53. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Mit welchen Aufgaben oder Interessen sind Abteilungen des Bundesministeriums des Innern sowie des Bundesministeriums der Verteidigung in die Sicherheitszusammenarbeit anlässlich der diesjährigen Sportereignisse UEFA 2012 in Polen/Ukraine und Olympia 2012 in Großbritannien eingebunden, und an welchen Treffen haben Angehörige von Polizei, Geheimdiensten oder des Militärs hierzu teilgenommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

54. Abgeordneter **Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sieht die Bundesregierung den im Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt vereinbarten vereinfachten Zugang Schweizer Kreditinstitute zum deutschen Markt als vereinbar mit EU-Recht an, und wie begründet sie ihre Haltung?

55. Abgeordneter **Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann hat der Ständige Ausschuss für Finanzstabilität und Krisenmanagement des Bundesministeriums der Finanzen (BMF), der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank in den Jahren 2010 und 2011 jeweils getagt (zu dem gemeinten Ausschuss vgl. beispielsweise www.ecb.int/press/pr/date/2005/html/pr050518_1.en.html)?

56. Abgeordneter **Hans-Joachim Hacker** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, nach entsprechenden Diskussionen auf der Internationalen Tourismusbörse Berlin (ITB) 2012 im Interesse der Förderung von Tourismusreisen von Deutschland nach Ägypten dieses Reiseland zusammen mit Israel aus der

Anlage 2 (Steuer 23,43 Euro) des Luftverkehrsteuergesetzes in die Anlage 1 (Steuer 7,50 Euro) zu überführen?

57. Abgeordneter **Frank Schwabe** (SPD)

Aufgrund welcher Analyse geht die Bundesregierung im „Eckwertebeschluss der Bundesregierung zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2013 und zum Finanzplan 2012 bis 2016 sowie zum Wirtschaftsplan des Sondervermögens Energie- und Klimafonds“ von einem Preis von 10 Euro je CO_2-Zertifikat im Jahr 2013 aus?

58. Abgeordneter **Klaus Hagemann** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung – unter Angabe der Höhe und der Zahl der beanstandeten Zahlungen in Deutschland sowie der ergriffenen Maßnahmen – die Aussagen des Präsidenten des europäischen Rechnungshofes, Vitor Caldeira, der „Deutschland Geldverschwendung vorwirft“ (Capital, 22. März 2012), und inwieweit wird die Bundesregierung entsprechend dem Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses Transparenz über die EU-Mittel im Regierungsentwurf 2013 schaffen, in dem diese in den jeweiligen Einzelplänen explizit ausgewiesen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

59. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Hält die Bundesregierung es zur Verbesserung der Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den gemeinsamen Einrichtungen als SGB-II-Grundsicherungsträger und den Personal zuweisenden Herkunftsdienststellen (Agentur für Arbeit und Kommune) für notwendig, dass die Beschäftigten der Jobcenter grundsätzlich auch ein Wahlrecht für die Personalräte der Herkunftsdienststellen erhalten, da dort weiterhin die Zuständigkeit für elementare Personalangelegenheiten, wie Einstellung und Entlassung, liegt, und sieht die Bundesregierung politischen bzw. gesetzgeberischen Handlungsbedarf zur Einführung eines Doppelwahlrechtes?

60. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Was sind die zentralen Aussagen des Forschungsberichtes des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) 3/2009 („Qualifizierungsmaßnahmen während Kurzarbeit nach endgültigem Arbeitsausfall“) über den Verbleib der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach den Qualifizierungsmaßnahmen bzw. dem Austritt aus der strukturellen bzw. Transfer-Kurzarbeit (bitte aufführen Anteile nach den Kategorien arbeitslos, geförderte/ungeförderte Beschäftigung und weitere sowie wenn möglich nach Geschlecht und Alter), und welche neuen Daten bzw. Erkenntnisse seitens der Bundesagentur für Arbeit bzw. des IAB gibt es darüber hinaus über den Verbleib der Bezieherinnen und Bezieher von Transferkurzarbeitergeld (wenn möglich bitte auch mit üblicher Vermittlung mit der Arbeitsagentur vergleichen)?

61. Abgeordneter **Markus Kurth** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wo fand das Treffen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe am 14. März 2012 zur Erarbeitung eines gemeinsamen Eckpunktepapiers zur Zukunft des Asylbewerberleistungsgesetzes statt, und wann ist nach Auffassung der Bundesregierung mit dem Beschluss eben diesen Papiers zu rechnen?

62. Abgeordneter **Markus Kurth** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Bilanz zieht die Bundesregierung zum einjährigen Bestehen des Bildungs- und Teilhabepakets am 1. April 2012, und inwiefern sieht sie vor dem Hintergrund der geringen Inanspruchnahme der Leistungen den verfassungsrechtlich garantierten Zugang zu Bildung und Teilhabe gewährleistet?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333